

## Altersrenten werden vorläufig ausgezahlt - Koalition will Hofabgabeklausel streichen

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) bewilligt wieder Rentenansprüche. Der Vorstand hat beschlossen, Altersrenten vorläufig auszuzahlen. Es gehe darum, soziale Härten bei den Versicherten zu vermeiden. Die Aufhebung des Auszahlungstopps fand in der Regierungskoalition große Zustimmung. Abgeordnete von Union und SPD kündigten an, zügig an einer rechtlichen Klarstellung zu arbeiten. Die Streichung der Hofabgabeverpflichtung scheint innerhalb der Koalition weitgehend Konsens zu sein. Auch nach Ansicht des Deutschen Bauernverbandes ist die Hofabgabeklausel nicht mehr zu halten. Deren ursprünglichen agrarstrukturellen Ziele müssten aber weiter verfolgt werden. Länderberichte 30

## Starke Landwirtschaft gegen Hunger - Müller für „weltweite“ Agrarwende

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die globale Krisenprävention hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zum Welternährungstag betont. Eine starke Landwirtschaft Sorge für Ernährungssicherung und Wertschöpfung und eröffne damit Bleibeperspektiven für die Menschen vor Ort. Daher „müssen wir die moderne Landwirtschaft in die Welt tragen und dafür sorgen, dass auch die kleinbäuerliche Bewirtschaftung ernährungssichernd ist“. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zeigte sich derweil beim „Zukunftsforum Future Food“ zuversichtlich, dass die Ernährungssicherung in Afrika möglich ist. Wichtig dafür sei eine weltweite „Agrarwende“. Länderberichte 1 und 9

## DBV kritisiert bürokratische Dürreanträge - Bund besteht auf Bedürftigkeitsprüfung

Der Streit über die Kriterien für die Dürrehilfen hält an. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, äußerte sich kritisch zum Antragsverfahren. Das, so Rukwied, „überfordert die Landwirte und dauert zu lange“. Es sei zu befürchten, „dass einige bürokratische Hürden viele betroffene Betriebe von der Hilfsmaßnahme ausschließen“. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens wies die Kritik zurück. „Es geht um öffentliches Geld, das nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgezahlt werden kann“, entgegnete er und bekräftigte die Notwendigkeit von klaren Kriterien. Ein Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung komme nicht in Betracht. Länderberichte 18

## Brüssel gegen Hilfen für EU-Zuckermarkt

Die europäische Zuckerwirtschaft kann nicht auf Hilfen aus Brüssel hoffen. EU-Agrarkommissar Phil Hogan wies Forderungen nach Stützungsmaßnahmen beim Agrarrat in Luxemburg zurück, weil diese „keinen Effekt“ auf die Marktsituation hätten, allerdings mit hohen Kosten für den Steuerzahler verbunden seien. Gleichzeitig betonte der Ire, dass er die schwierige Lage der Zuckererzeuger durchaus anerkenne. Zuvor hatte eine Reihe von Mitgliedstaaten, angeführt von Italien und Spanien, die EU-Kommission zu Hilfsmaßnahmen aufgefordert. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens vom Bundeslandwirtschaftsministerium gab sich hier zurückhaltend. Im Hinblick auf die geplante Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) trat Hogan erneut Renationalisierungsängsten entgegen. Aeikens warnte indes vor einem Wettbewerb um niedrigste Standards zwischen den EU-Staaten. Er mahnte zum wiederholten Mal einen Abbau der Bürokratie an. Auch bekräftigte er das Ziel der Bundesregierung, in den weiteren Verhandlungen eine fakultative Ausgestaltung der Obergrenze und Degression der Direktzahlungen zu erreichen. Rückendeckung erhielt er vom Bundesrat, der sich in seiner Stellungnahme zu den GAP-Vorschlägen ebenfalls dafür aussprach. Zudem forderten die Länder eine starke Erste Säule und warnten vor einem Wegbrechen der Zweiten Säule. Notfalls müsse der Bund hier einspringen. Derweil bekräftigten der Deutsche Bauernverband (DBV) und der französische Bauernverband (FNSEA) in einem gemeinsamen Papier die Forderung nach einem zumindest stabilen EU-Agrarbudget. EU-Nachrichten 1, 3, 6 und 10